

# Konservative Revolution, Brandmauer und historisches Déjà-vu – Warum die Normalisierung der AfD eine Gefahr für die Demokratie darstellt

## Einleitung

Die Alternative für Deutschland (AfD) steht im Sommer 2025 bei rund einem Viertel der Stimmen und wird in mehreren Bundesländern als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuft <sup>1</sup>. Gleichzeitig geraten Unionspolitiker unter Druck, Wählerinnen rechts von der Mitte zurückzugewinnen. Der CSU-Politiker Alexander Dobrindt rief Anfang 2018 in einem Welt\*-Gastbeitrag eine „konservative Revolution der Bürger“ aus, die auf eine angebliche „linke Revolution der Eliten“ folgen müsse <sup>2</sup>. Einige Christdemokraten stellten zuletzt sogar kommunale Kooperationen mit der AfD in Aussicht <sup>3</sup>. In Teilen der Basis und bei der neuen Kleinpartei WerteUnion gibt es Bestrebungen, die Brandmauer zur AfD aufzuweichen. Die Debatte weckt unweigerlich Assoziationen zur Weimarer Republik, als bürgerliche Parteien den Nationalsozialisten den Weg zur Macht ebneten. Diese Hausarbeit untersucht die ideologische Bedeutung von Dobrindts „konservativer Revolution“, analysiert die Risse in der Brandmauer und zieht historische Parallelen zu den Vorgängen Ende der 1920er Jahre.

## 1 Dobrindts „konservative Revolution“: historische Wurzeln und Bedeutung

### 1.1 Begriff und Kontext

In seinem Gastbeitrag erklärte Dobrindt, linke Aktivisten hätten sich seit 1968 Schlüsselpositionen in Kunst, Kultur, Medien und Politik gesichert, weshalb nun eine „bürgerlich-konservative Wende“ nötig sei <sup>4</sup>. Er schloss mit der Forderung: „Auf die linke Revolution der Eliten folgt eine konservative Revolution der Bürger. Wir unterstützen diese Revolution und sind ihre Stimme in der Politik“ <sup>5</sup>. In einem Interview verteidigte er später diese Formulierung.

Das Wort „konservative Revolution“ stammt jedoch aus der deutschen Zwischenkriegszeit: Intellektuelle wie Arthur Moeller van den Bruck, Carl Schmitt, Ernst Jünger und Ernst Niekisch verbanden konservative Autoritarismuskonzeptionen mit radikal-rechtsextremen Ideen. Sie lehnten die Werte der Französischen Revolution (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit) ab und strebten eine hierarchische „Volksgemeinschaft“ unter einer führenden Elite an <sup>6</sup>. Laut Belltower.News ist der Begriff ein „Schlüsselbegriff der Neuen Rechten“ und wird von Akteuren wie Götz Kubitschek propagiert <sup>7</sup>. Die konservativen Revolutionäre bekämpften die Grundprinzipien der Weimarer Verfassung, insbesondere den Parlamentarismus und den politischen Pluralismus <sup>8</sup>.

### 1.2 Dobrindts Anschluss an die Neue Rechte

Kritiker argumentieren, dass Dobrindt sich damit bewusst an das ideologische Vokabular der Neuen Rechten anlehnt. Die Wochenzeitung *Kontext* wirft ihm vor, entweder naiv oder absichtlich eine

rechtsradikale Position zu besetzen: Ein Blick auf Wikipedia hätte gereicht, um zu erkennen, dass die Anhänger der Konservativen Revolution „durch antiliberalen, antidemokratischen und antiegalitären Züge geeinigt“ waren <sup>9</sup>. Der Autor betont, Dobrindt wolle die AfD „rechts überholen“; ähnlich wie Anfang der 1990er Jahre habe die CSU aus Angst vor dem Erfolg der Republikaner das Asylgrundrecht massiv eingeschränkt <sup>10</sup>. Das Ziel sei ein „Programm jenseits von Egalitarismus, Liberalismus und Demokratie“, weshalb die Forderung nach einer konservativen Revolution über eine bloße „geistig-moralische Wende“ hinausgehe <sup>11</sup>.

Auch *Jungle World* sieht in Dobrindts Beitrag mehr als nur ein taktisches Manöver: Er bediene sich eines Begriffs, der als Strömung von Wegbereitern des Nationalsozialismus verstanden werde. Der Autor betont, es werde selten erwogen, „dass Dobrindt es so meint und schon immer so gedacht hat“ <sup>12</sup>. Er zitiert Dobrindts Satz über die „konservative Revolution der Bürger“ und erinnert daran, dass die CSU parallel zu den Koalitionssondierungen Viktor Orbán nach Seeon eingeladen habe, der in Ungarn eine „illiberale Demokratie“ etabliert hat <sup>13</sup>. Die einzige rechnerische „bürgerliche Mehrheit“ ergebe sich nur unter Einbeziehung der AfD <sup>13</sup>.

Die Amadeu-Antonio-Stiftung warnt ebenfalls davor, dass Dobrindt einen zentralen Begriff der Neuen Rechten legitimiere. Das Portal Belltower.News erklärt, die konservative Revolution diene in der Weimarer Zeit als Blaupause für einen autoritären Staat; ihre Vertreter seien geistige Wegbereiter der Nationalsozialisten <sup>6</sup>. Wenn ein CSU-Spitzenpolitiker diese Parole ausgibt, werde ein rechtsextremes Narrativ „aufgewertet“ und könne die AfD als „Stimme der Bürger“ legitimieren <sup>14</sup>.

## 2 Risse in der Brandmauer: Kooperationen und Normalisierung

### 2.1 Kommunale Zusammenarbeit und WerteUnion

Die Unionsspitze betont offiziell, eine Zusammenarbeit mit der AfD komme nicht infrage. Dennoch zeigt die empirische Forschung, dass die Brandmauer bröckelt. Eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung untersuchte 11 053 kommunale Sitzungen zwischen 2019 und 2024. In rund 19 % der Fälle stimmten Vertreterinnen anderer Parteien mit der AfD, wobei CDU-Mandatsträger an 38,4 %\* der Kooperationsfälle beteiligt waren <sup>15</sup>. Eine Analyse des KommunalWiki der Heinrich-Böll-Stiftung dokumentierte mindestens 18 Gemeinden, in denen CDU-Fraktionen offen mit der AfD kooperierten oder AfD-Kandidaten unterstützten <sup>16</sup>. Beispiele sind Görlitz (Wahl eines AfD-Kandidaten in einen Ausschuss), Penzlin und Eilsleben <sup>17</sup>.

Neben diesen lokalen Rissen gibt es politisch organisierte Strömungen, die den Schulterschluss mit der AfD vorbereiten. Die neu gegründete Partei *WerteUnion* um den früheren Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Georg Maaßen kündigte an, man werde mit „allen Parteien, die bereit sind, etwas zu verändern“ kooperieren und schloss AfD-Bündnisse ausdrücklich nicht aus <sup>18</sup>. Zwar handelt es sich nur um eine Splitterpartei, sie spiegelt aber die Stimmung eines Teils der konservativen Basis.

### 2.2 Merz' Kurswechsel im Sommer 2023

CDU-Chef Friedrich Merz verstärkte die Debatte, als er im ZDF-Sommerinterview im Juli 2023 erklärte, der Unvereinbarkeitsbeschluss gelte nur für „gesetzgebende Körperschaften“ und die CDU sei verpflichtet, mit gewählten AfD-Landräten oder Bürgermeistern zusammenzuarbeiten. Er begründete dies damit, man müsse demokratische Wahlen akzeptieren <sup>3</sup>. *Volksverpetzer* kritisiert diese Aussage scharf. Die Plattform analysiert, Merz breche damit ein Tabu, denn die Unvereinbarkeitsbeschlüsse gelten auch auf kommunaler Ebene <sup>3</sup>. Die Autorin Annika Brockschmidt spricht von einem „radikalen

Vorstoß zur Normalisierung des Rechtsextremismus“: Rechte Kräfte versuchten, über die kommunale Ebene in die Parlamente vorzudringen, und Merz habe „den roten Teppich ausgerollt“ <sup>19</sup>. Die Analyse warnt, dass eine solche Öffnung nicht beim Lokalen enden werde; sie könne auf Landes- und Bundesebene fortgesetzt werden <sup>20</sup>.

Im selben Artikel weist Brockschmidt auf die langen historischen Verstrickungen der Christdemokratie mit autoritären Regimen hin, etwa die finanzielle Unterstützung spanischer Faschisten durch Franz-Josef Strauß <sup>21</sup>. Sie fordert eine ehrliche Aufarbeitung solcher rechtsoffenen Tendenzen und betont, dass die CDU-Basis gefordert sei, die Brandmauer aufrechtzuerhalten <sup>22</sup>.

### 3 Historische Parallelen zur Weimarer Republik

#### 3.1 Der Tabubruch von 1930 und das Ende der Brandmauer

Die Warnung vor einer Wiederholung der 1920er Jahre ist nicht aus der Luft gegriffen. Im Januar 1930 ging im Landtag von Thüringen ein konservativ-liberales Bündnis einen Pakt mit der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) ein, um die SPD von der Macht zu verdrängen. Der Nationalsozialist Wilhelm Frick, am Hitlerputsch von 1923 beteiligt, wurde Innen- und Volksbildungsminister. Kaum im Amt, entließ er republiktreue Beamte und ersetzte sie durch Nationalsozialisten <sup>23</sup>. Der Bürgerblock glaubte, die NSDAP integrieren und „im Zaum halten“ zu können; doch zwei Jahre später dominierte die NSDAP mehrere Landesregierungen und stieß ihre Bündnispartner beiseite <sup>24</sup>.

Das Zentrum und andere bürgerliche Parteien vollzogen damals ebenfalls einen Rechtsruck. Die katholische Zentrumsparterie wählte 1928 den konservativen Priester Ludwig Kaas zum Vorsitzenden, wodurch sie sich im rechten Spektrum profilieren wollte <sup>25</sup>. Reichskanzler Heinrich Brüning bagatellierte 1931 offene Putschpläne der hessischen Nazis, um sich eine spätere Zusammenarbeit nicht zu verbauen <sup>26</sup>. Sein Nachfolger Franz von Papen verließ später die Partei und näherte sich den Nationalsozialisten an <sup>27</sup>.

#### 3.2 Papen als „Steigbügelhalter“ – Warnung aus der Geschichte

Franz von Papen gilt als das prominenteste Beispiel dafür, wie konservative Politiker den Faschismus salonfähig machten. Die *taz* erinnert daran, dass Papen am 30. Januar 1933 Adolf Hitler den Weg ins Kanzleramt ebnete und als Vizekanzler glaubte, die NSDAP „in die Ecke drücken“ und im Zaum halten zu können <sup>28</sup>. Auf den Vorwurf, er sei Hitlers Steigbügelhalter, antwortete Papen: „Sie irren sich. Wir haben ihn uns engagiert“ <sup>28</sup>. Der Historiker Volker Ullrich urteilt über diese Strategie der Konservativen, die Nazis „zähmen“ zu wollen: „Selten ist ein politisches Projekt so rasch als Chimäre enthüllt worden“ <sup>29</sup>.

Die linke Wochenzeitung *der Freitag* erinnert an diesen Tabubruch, als Janine Wissler (Die Linke) 2023 nach der gemeinsamen Abstimmung von CDU, FDP und AfD im Thüringer Landtag vor dem historischen Versagen des Konservatismus warnte: „Der deutsche Konservatismus war schon einmal Steigbügelhalter des Faschismus. Auch damals begann es in Thüringen“ <sup>30</sup>. Der Artikel erzählt, wie der „Pakt mit dem Teufel“ 1930 die NSDAP in die Regierung holte und sich der rechte Block wenig später selbst zerlegte, während die Nazis ihre Wählerbasis massiv ausbauten <sup>31</sup>.

### 3.3 Lehren aus der Geschichte

Die historischen Beispiele verdeutlichen, dass eine Rechtsverschiebung und Kooperation der bürgerlichen Parteien mit einer radikalen Rechten die demokratische Ordnung nicht stabilisiert, sondern zerstört. Die Vorstellung, man könne extremistische Kräfte einhegen oder „kalt stellen“, erwies sich als Illusion. Heute sind Parallelen erkennbar: Auch die AfD steht für eine ethnonationalistische, antidemokratische Agenda und wurde vom Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextremistische Bestrebung eingestuft <sup>1</sup>. Rhetorische Anleihen bei der Neuen Rechten und die Bereitschaft, im kommunalen Bereich mit der AfD zusammenzuarbeiten, tragen dazu bei, diese Partei zu normalisieren und zu legitimieren. Die historischen Erfahrungen mahnen, dass die Demokratie die Brandmauer nicht leichtfertig einreißen darf.

## 4 Bewertung und Empfehlungen

Die Auswertung der genannten Quellen zeigt, dass die Forderung nach einer „konservativen Revolution“ mehr ist als eine rhetorische Provokation. Sie knüpft an antidemokratische Strömungen der Weimarer Zeit an, wie Belltower.News erläutert <sup>6</sup>, und wird von rechtsintellektuellen Kreisen der Gegenwart propagiert <sup>32</sup>. Dobrindts Rückgriff auf diesen Begriff dient der Legitimierung eines autoritären Gesellschaftsmodells und der Eroberung des AfD-Wählerpotenzials <sup>33</sup>.

Die Untersuchung lokaler Kooperationen zeigt, dass ein Teil der CDU-Basis die Brandmauer bereits ignoriert. Eine Legitimierung durch die Bundespartei – wie sie Merz im Sommer 2023 andeutete – würde die Normalisierung der AfD beschleunigen und die demokratische Kultur untergraben <sup>34</sup>. Die historische Erfahrung mit der Zentrums- und der CDU belegt, dass das Kalkül, rechtsextreme Kräfte einzubinden und zu kontrollieren, zu einem Desaster führen kann <sup>28</sup>.

#### Empfehlungen:

1. **Brandmauer auf allen Ebenen sichern:** Die CDU/CSU sollte ihren Unvereinbarkeitsbeschluss unmissverständlich auf kommunale, Landes- und Bundesebene anwenden und klar kommunizieren. Lokale Kooperationen mit der AfD müssen sanktioniert werden.
2. **Rhetorische Abrüstung:** Führungspolitiker wie Dobrindt sollten auf die Verwendung rechtsextremer Kampfbegriffe verzichten. Eine „bürgerlich-konservative Wende“ kann innerhalb des demokratischen Rahmens diskutiert werden, eine „Konservative Revolution“ ist wegen ihrer historischen Bedeutung inakzeptabel. <sup>6</sup>
3. **Geschichtsbewusstsein stärken:** Die CDU/CSU sollte die eigene Geschichte der Christdemokratie, einschließlich ihrer Verstrickungen mit autoritären Regimen (Franco-Unterstützung, antikommunistische Kooperationen), kritisch aufarbeiten <sup>21</sup>. Politische Bildung sollte die Lehren aus der Weimarer Republik stärker in den Fokus rücken, um die Gefahren einer Normalisierung rechtsextremer Parteien zu vermitteln.
4. **Verfassungsrechtliche Schritte erwägen:** Angesichts der Einstufung der AfD als gesichert rechtsextremistisch sollte der Bundestag prüfen, ob ein Verbotsantrag nach Art. 21 Abs. 2 GG rechtlich erfolgversprechend ist. Ein Verbot allein löst nicht alle Probleme, kann aber die parlamentarische Zusammenarbeit unmöglich machen.
5. **Demokratische Alternativen stärken:** Die demokratischen Parteien müssen die Ursachen für den AfD-Erfolg (soziale Abstiegsängste, Vertrauensverlust) mit progressiven Lösungen

adressieren. Nur so lässt sich verhindern, dass rechte Populisten weitere Teile des Bürgertums anziehen.

## Schluss

Der Ruf nach einer „konservativen Revolution“ und erste Kooperationssignale zwischen CDU-Mandatsträgern und der AfD spiegeln eine gefährliche Rechtsverschiebung wider. Wie die Geschichte der Weimarer Republik zeigt, führt die Öffnung der bürgerlichen Mitte für autoritäre und rechtsextreme Kräfte nicht zu ihrer Zähmung, sondern zu ihrem Aufstieg und zur Zerstörung demokratischer Institutionen <sup>31</sup>. Die CDU/CSU steht vor der Entscheidung, ob sie aus der Vergangenheit lernt und die Brandmauer verteidigt oder ob sie – wie einst Franz von Papen – zum Steigbügelhalter einer antidemokratischen Bewegung wird. Die Demokratie in Deutschland hängt wesentlich davon ab, dass konservative Kräfte klar Stellung beziehen und rechtsextreme Agenden nicht normalisieren.

---

<sup>1</sup> AfD laut Verfassungsschutz gesichert rechtsextremistisch – DW – 02.05.2025

<https://www.dw.com/de/afd-laut-verfassungsschutz-gesichert-rechtsextremistisch/a-72413368>

<sup>2</sup> <sup>4</sup> <sup>5</sup> <sup>6</sup> <sup>7</sup> <sup>8</sup> <sup>14</sup> <sup>32</sup> Konservative Revolution: Übernimmt Dobrindt einen Begriff der „Neuen Rechten“? - Belltower.News

<https://www.belltower.news/konservative-revolution-uebernimmt-dobrindt-einen-begriff-der-neuen-rechten-46550/>

<sup>3</sup> <sup>19</sup> <sup>20</sup> <sup>21</sup> <sup>22</sup> <sup>34</sup> Merz: Die Aussagen & Ausrede-Versuche analysiert - Volksverpetzer

<https://www.volksverpetzer.de/analyse/merz-aussagen-ausrede-versuche-analysiert/>

<sup>9</sup> <sup>10</sup> <sup>11</sup> <sup>33</sup> Dobrindt auf Rechtsaußen - Ausgabe 355

<https://www.kontextwochenzeitung.de/debatte/355/dobrindt-auf-rechtsaussen-4856.html>

<sup>12</sup> <sup>13</sup> jungle.world - Hier kommt Alex

<https://jungle.world/artikel/2018/02/hier-kommt-alex>

<sup>15</sup> Brandmauer zur AfD ist in Kreisen und Kommunen sehr löchrig | STERN.de

<https://www.stern.de/politik/deutschland/brandmauer-zur-afd-ist-in-kreisen-und-kommunen-sehr-loechrig-35566794.html>

<sup>16</sup> <sup>17</sup> Beispiele kommunaler Zusammenarbeit zwischen CDU und AfD – KommunalWiki

[https://kommunalwiki.boell.de/index.php/Beispiele\\_kommunaler\\_Zusammenarbeit\\_zwischen\\_CDU\\_und\\_AfD](https://kommunalwiki.boell.de/index.php/Beispiele_kommunaler_Zusammenarbeit_zwischen_CDU_und_AfD)

<sup>18</sup> Germany: Right-wing group to form a new conservative party – DW – 01/20/2024

<https://www.dw.com/en/germany-right-wing-group-to-form-a-new-conservative-party/a-68043732>

<sup>23</sup> <sup>24</sup> <sup>25</sup> <sup>26</sup> <sup>27</sup> <sup>30</sup> <sup>31</sup> „Unsere Regierung macht uns zu Deppen, und die ganze Welt lacht über uns“ — der Freitag

<https://www.freitag.de/autoren/wolfgang-michal/und-wir-sind-die-deppen-der-welt>

<sup>28</sup> <sup>29</sup> CDU-Chef Friedrich Merz: Friedrich der Mittelherr | taz.de

<https://taz.de/CDU-Chef-Friedrich-Merz/!6070783/>